

# Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatl. 10 M., durch Polen bezogen monatl. 11 M., bei Postbestellung monatl. 11,50 M. frei Haus. Erscheint wöchentlich, nachmittags, Einzelnummer 50 Pf. Postfachkonto Leipzig 18 654. Geschäftsstelle Hülterstr. 4. Für unerbettete Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

Anzeigenpreis Der Spelt. Mittl. Cabraum 60 Pf. und der Spelt. Mittl. Bekanntheit 80 Pf. Die laufende Monatsausgabe wird vom Besteller auf seine Anzeigen bei deren Aufgabe mit M. 7.50 in Zahlung genommen. Abgabegeld 75 Pf. Porto bei Fern. Anzeigen schlag 11 Uhr vorm. Fernspr. 1000. Belegnummer Nr. 2000

Zeitung für Stadt u.  Kreis Merseburg  
(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger.) Herausgeber Ludwig Balz.)  
mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 20.

Dienstag, den 24. Januar 1922.

112. Jahrgang

## Amerikas Sanierungsplan für Genua.

Herabsetzung der Reparationen und der europäischen Heeresausgaben.

Washington, 24. Jan. In hiesigen unterrichteten amtlichen Kreisen verlautet, daß Amerikas Mitarbeit in Genua von den folgenden Bedingungen abhängig gemacht wird:

1. Reduktion des Notenumlaufs,
2. Herabsetzung des Gleichgewichts in den europäischen Währungen,
3. Herabsetzung der deutschen Reparationslasten innerhalb einer Grenze, die der deutschen Zahlungsfähigkeit entspricht,
4. Herabsetzung der Ausgaben für die europäischen Landheere.

Der amerikanische Senator Max Corman erklärt in einem Telegramm an die „Chicago Tribune“ in Paris, die Amerikaner müßten sich fragen, welche Rolle sie bei der Herabsetzung der europäischen Armeen und ihrem großen Wohlstand spielen. Die Amerikaner selbst seien daran gegangen, die Zahl der Beamten und die Größe der Armeen herabzusetzen. Der amerikanische Steuerzahler habe das Bewußtsein, daß die europäischen Regierungen nicht imstande sind, die Zinsen ihrer Schulden gegenüber Amerika zu bezahlen und daß infolgedessen der amerikanische Steuerzahler

für die Militär- und Zivilleistungen der europäischen Staaten aufkommt.

### Eine deutliche Abgabe an Frankreich.

London, 24. Jan. Der Pariser Mitarbeiter des „Daily Mail“ schreibt, Frieden bedeute für die augenblickliche französische Kammer ein französisches Heer am Rhein, Gehalt für Deutschland, Hungerlohn für England und den Friedhof für Rußland! Der „New Statesman“ erklärt, das fundamentale Ziel der französischen Politik sei ein dauernd geschwächtes Deutschland und Verhinderung jeder Annäherung zwischen Deutschland und Rußland. Die sogenannte Genua-Stelle heute keinerlei gemeinsames Interesse dar. Sie arbeite zum Nachteil Englands und binde es an die Wagenräder Frankreichs.

### Einladung Bulgariens nach Genua.

Sofia, 24. Jan. Die bulgarische Regierung erhebt am Montag eine Einladung zur Konferenz nach Genua. Sie begleitet den Ministerpräsidenten Stambouloff, den Finanzminister Todoroff, den Staatsfiskusdirektor Steloff und den Direktor des Staatlichen Amtes Boyoff.

## Tageschronik

Trotz aller Beratungen über die Steuerfragen wurde noch keine Einigung erzielt.

Die Ursachen und Folgen der katastrophalen Kohlennot. Der Eisenbahnerstreik in Sachsen.

Polen versucht die Passwaage in seinem Sinne zu beeinflussen.

Die Kreditverhandlungen Österreichs scheinen endgültig gescheitert zu sein.

## Noch keine Lösung des Steuerproblems.

### Die große politische Aussprache verfehlt.

Berlin, 24. Jan. Die gestrigen Besprechungen über die Steuerfragen in der Reichstagskammer, an denen der Reichstagskanzler, der Reichsfinanzminister Dr. Harnack, Dr. Rathenau, Vertreter des Zentrums, der Sozialdemokraten, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten teilnahmen, wurden eingeleitet durch Darlegungen des Reichsfinanzministers über die Gefahr, die die Steuervorlagen der Regierung durch die bisherigen Vorschläge der Reichstagsausschüsse gefunden haben. An das Referat schloß sich eine lebhafte Aussprache, bei der die Frage der Zwangsanleihe eine große Rolle spielte. Die Besprechungen, die mehr als drei Stunden dauerten, haben eine Lösung des Steuerproblems noch nicht gebracht.

Die für den heutigen Dienstag angekündigte Rede des Reichsfinanzministers ist verfallen worden. Die Regierung hält zur Lösung des Steuerproblems eine Zwangsanleihe für unumgänglich. Während der mehrheitssozialdemokratischen Fraktionsabstimmung fand bereits eine Verständigung zwischen den Abgeordneten Weis und Stämpfer von der Mehrheitspartei und dem unabhängigen Herz statt, in der man offenbar über die Austragung durch die Unabhängigen unterhandelte.

### Wirth über Rußland.

Erklärungen im Auswärtigen Ausschuss.

Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages, der gestern nachmittags zusammentrat, berichtete Reichstagskanzler Dr. Wirth eingehend über die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Deutschlands an Rußland. Die Ausführungen des

Reichstagskanzlers gipfelten in der Erklärung, daß Deutschland den höchsten Widerstand gegen Rußland wüßte. Auch wüßte Deutschland kein deutsches Wirtschaftsmonopol, sondern die deutsche Regierung sei gern bereit, mit anderen Interessenten gemeinsam zu operieren im Erdbeeren und mit Zustimmung derjenigen Gebiete, für die derartige Sonderrechte erwirbt werden sollen. An dem hierauf folgenden vertraulichen Gedankenaustausch innerhalb des Auswärtigen Ausschusses kam trotz der naturgemäß verwickelten Stellung der einzelnen Parteien zu dem russischen Problem allgemein der Wunsch zum Ausdruck, daß ein Weiterbau der wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland auf das Dringende zu erfolgen sei. In der Diskussion sprachen die Abgeordneten Götlich (Dem.), Weis (Soz.), Sticker (Komm.) u. Hübner (D. Wpt.).

### Zweizehnter Prozent Umsatzsteuer?

Die Reichsregierung hatte vorgeschlagen, bei der Umsatzsteuer einen Steuerfuß von 2% festzusetzen. Der Antrag wurde dabei auf 26 Milliarden Mark berechnet. Der Steuerzuschuß des Reichstages hatte den Steuerfuß auf 2% herabgesetzt, so daß sich ein Ertrag von 17,5 Milliarden ergibt. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, wird im Reichstagsplenarium der Steuerfuß auf 2 1/2% festgesetzt werden.

### Der 1. Mai und der 9. November gesetzliche Feiertage?

Berlin, 24. Jan. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstage einen Antrag eingebracht, wonach die Regierung ersucht wird, dem Reichstage eine Gesetzesentwurf vorzulegen, wonach der 1. Mai und der 9. November als gesetzliche Feiertage des Deutschen Volkes erklärt werden.

### Die Ursache der Kohlennot.

Positive Stellung der Eisenbahner. —

Machtlosigkeit der Verwaltung.

Die der „Deutsche Handelsdienst“ erklärt, haben verschiedene Korrekturen von Aufträgen ihre Ammoniak-Anlagen stilllegen müssen, weil die Zuführung von Schwefelsäure, die zur Ammoniakherstellung unbedingt notwendig ist, durch die Eisenbahn nur in unzureichenden Mengen erfolgt. Die Wagnersandwerke dauern selbst bei verhältnismäßig kurzen Strecken innerhalb des Ruhrreviers seit bis vierzehn Tagen (H. Winter) stehen die Wagnersandwerke auf den Verlehdammungen herum. Von der Eisenbahndirektion wird die Verzögerung der Transporte, über die die Klagen auch bei anderen Industrien allgemein sind, auf die herabgesetzte sowie auf positive Weisung (2) zurückgeführt, gegen welche Mittel nicht zur Verfügung ständen (H).

## Die Politik der Geduld.

Reichstagskanzler Dr. Wirth hat auf dem Berliner Parteitag des Zentrums am 17. Januar eine Rede gehalten, in der er u. a. eine „Politik der Geduld“ empfiehlt. Da die Verhandlungen führender Männer aller leitenden Organisationen ausgefallen sind und auch wiederholt Wiederverhandlungen erfahren haben, muß etwas näher untersucht werden, welche Ziel die Geduld sein soll, die wir beizubringen müssen. Um für die gegenwärtigen Steuerpläne ein Kompromiß zwischen den Koalitionsparteien herbeizuführen, hat die Reichsregierung gewiß viel Geduld angewandt. Nach Bekanntwerden des Moratoriumsbedingungen vom 13. Januar hieß es, daß das Steuerkompromiß im wesentlichen gefestigt sei. Heute besteht leider die Gewissheit höchst wahrscheinlich immer noch nicht. Wenn auch die schwebende Finanzreform alles andere ist als der Weltfriede letzter Schluß, so ist ihr Zustandekommen doch finanzpolitisch und außenpolitisch gleich notwendig. Es wäre verhängnisvoll ganz gut, wenn die Reichsregierung dem Reichstag gegenüber mit schonungsloser Offenheit und auch unter Auferschütterung der üblichen Gefühlsmomente eine Darstellung unserer wirklichen Lage und der irren Zukunftsaussichten gäbe. Da wäre vielleicht etwas weniger Geduld, als bisher beizubringen wurde, am Platze.

Zweifellos werden wir auch viel Geduld aufbringen müssen, um die wirtschaftlichen Aufschwünge, unter denen das Reparationsproblem ja nur ein Kapitel ist, reifen zu lassen. Es ist aber durchaus nicht nötig, daß wir alles hell und klar, als wenn es sich um ein einfaches Problem, es wärte. Wir haben es sehr lange verabsäumt, dem Volk die eigenen Ziele reinen Herzens einzuführen und die Initiative zur Lösung der Probleme zu ergreifen. Von den Zentren, die den „langsamten, aber stetigen Aufstieg“ nachstreben, sind die meisten nur allzu geneigt, in der Hoffnung zur Geduld einen neuen Beweis dafür zu sehen, daß es mit uns im Grunde gar nicht so schlecht steht.

Sehr viel Geduld müssen wir allerdings bei der Lösung von großen Aufgaben erweisen, deren Verwirklichung Jahre erfordert. Es handelt sich hierbei in erster Linie um die vollständige Sicherung des nationalökonomischen und eigenen wirtschaftlichen Aufschwungs. In der Frage der Emigration von den ausländischen Arbeitsmittelnzuführen hätten wir bei größerer Zäsurzeit zweifellos mehr erreichen können. Wenn jetzt diese Maßnahmen: verdrängt die Entscheidung: Forderung der Arbeitskraft um nachdrücklich betrieben werden, so entsteht sehr leicht in nicht laßlichen Kreisen die Meinung, die Forderung dieser Arbeit könnten bereits im Herbst geräumt werden. Hier gilt es, Geduld zu predigen, damit nicht durch unangebrachten Drängen der Erfolg der Verhandlungen in Frage gestellt wird. Geduld ist mit Tatkraft sehr wohl vereinbar. Mit diesen Ergänzungen kann das Wort des Reichstagskanzlers vom 17. Januar überall im deutschen Volk angenommen werden. Nur wird die Tatkraft sehr leider allzu schmerzhaft vermisst!

Wie wir von anderer Seite erfahren, verurteilt der plötzliche aufgetretene große Frost außerordentlich schmerzhaft. auch die regelmäßigen Kostenleistungen für die Entente zu leiden. Trotz der Bemühungen der Eisenbahner, die nötigen Eisenbahnwagen für den Kohlentransport zur Verfügung zu stellen, ist es nicht im Entferntesten gelungen, die Transportfähigkeiten zu beibehalten, so daß nicht nur im Innern Deutschlands die Kohlenmangel immer mehr greifbar um sich nimmt, sondern auch unsere regelmäßigen Lieferungen an die Entente in den letzten Tagen in Frage gestellt sind.

## Wieder normale Zustände im Dresdener Eisenbahnverkehr

Bestimmte Lage im übrigen Sachsen.

Dresden, 24. Jan. Die Störungen im Eisenbahnverkehr sehr im Dresdener Bezirk können jetzt zum größten Teil als überwunden betrachtet werden. Dem Deutschen Eisenbahnerverband ist es gelungen, die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen unter Hinweis auf die beginnenden Verhandlungen mit der Regierung über Teuerungszulagen. Infolgedessen ist auch der Güterverkehr allmählich wieder im Gange. Während am Sonntag noch die Züge zum größten Teil nur bis zu den Vorortbahnhöfen durchgeführt wurden, wo die Reisenden in die Vorortzüge einsteigen mußten, werden sie jetzt wieder bis Dresden abgefahren. Auch die vom Hauptbahnhof abgehenden Fernzüge werden seit Montag wieder vom Hauptbahnhof abgefahren.

Leipzig, 24. Jan. Die Lage im sächsischen Eisenbahnbereich hat im Laufe des Montag eine bedeutende Besserung erfahren. Weil den am Montag vormittag vorgenommenen Verhandlungen hat sich die Befähigung der Eisenbahndienstleistungen in Gegendorten bei Leipzig mit über 1300 gegen etwa 250 Stimmen für den Eintritt in den Streik ausgesprochen. Auch die Arbeitsfähigkeit der Betriebsverhältnisse des Leipziger Güterbahnhofes hat sich fast einhellig für die Wiedereröffnung der Arbeit erklärt.

Nach einer Meldung aus Juidan i. S. haben in den dortigen Eisenbahnbetriebsstellen die Arbeiter am Montag vormittag 8 Uhr die Arbeit niedergesetzt. In Chemnitz und Plauen dagegen haben sich in den Urabstimmungen die Eisenbahnarbeiter gegen den Eintritt in den Streik ausgesprochen.

### Neue Streikhefte im Ruhrgebiet.

Wie der „P. A.“ berichtet, werden in den letzten Tagen in den Betrieben des Ruhrgebietes große Mengen eines neu herausgegebenen Streikheftes verbreitet, in denen die Arbeiterschaft aufgefordert wird, zugunsten der im Ruhrgebiet Befehlshaber untergeordneten Gefangenen in den Generalkrieg zu treten.

29.31.

### Das braunschweigische Wahlergebnis.

Braunschweig, 24. Januar. Wie die „Braunschweiger Landeszeitung“ meldet, sind nach den nunmehr vorliegenden nicht amtlichen Ergebnissen die Landtagswahlen wie folgt ausgefallen: Der Landesparlamentarische Verein 100 718, die Demokraten 28 373, Reichstagsfraktionen 52 404, die Unabhängigen 74 499 und die Kommunisten 10 290 Stimmen. Dem Wahlbezirk zufolge ergaben die Landtagswahlen 23, die Demokraten 6, die Reichstagsfraktionen 12, die Unabhängigen 17 und die Kommunisten 2 Sitze, so daß eine vollständige Mehrheit mit zwei Sitzen entfiel.

### Vor der Papstwahl.

Kunze polnische Maschinenfabriken.

Der „Germania“ zufolge wird Kardinal Bertram sich von Bressan am Dienstag nach Rom zur Papstwahl begeben. In München wird er mit Kardinal v. Faulhaber, und voraussichtlich auch mit Kardinal Schulte-Althoff zusammenzutreffen, mit denen er gemeinsam die Reise fortsetzen wird. In den Papstwahl werden sechs deutsch sprechende Kandidaten teilnehmen, und zwar außer den oben Genannten der Erzbischof von Wien Kardinal Ruffini und die beiden Kardinäle Faldini und von Hoffm.

Nach Meldungen aus Warschau beschäftigt die polnische Regierung dahin zu wirken, daß die Wahl des Papstes nicht auf eine Verfallfrist falle, die befristet sein werde, die bisherige verfassungsmäßige Politik des Staatssekretärs Gopfert fortzusetzen.

Wie verlautet, ist das Konklave auf den 2. Februar festgesetzt. Am ersten Abend beginnt die Klausur der Kardinäle.

### Papst Benedikt's letzter Plan.

Benedikt's letzter Plan war, wie „Popolo Romano“ berichtet, der Konferenz von Genoa gewidmet. Er war im Begriff, ein Epistel an den Erzbischof von Genoa zu erlassen, um die Grundgedanken des Heiligen Stuhles über die europäische Politik darzulegen. Der Brief sollte am Dienstag der Konferenz vorzulesen werden. Der Brief ist aber die ersten einschickenden Säcke nicht hinausgekommen. Darin sprach er seine Freude darüber aus, daß seiner Vaterstadt die Ehre erwies sei, einen europäischen Arealop zu beherbergen, dessen Aufgabe darin bestehe, die Welt aus dem moralischen und materiellen Abstieg des furchtbaren aller Kriege zu erlösen.

### Die Kreditverhandlungen Oesterreichs gescheitert.

#### Kaiserkrophaler Valutasturz in Wien.

Wien, 24. Jan. Die monarchistische „Montagszeitung“ behauptet, daß alle Kreditverhandlungen Oesterreichs gescheitert seien, daß Dr. Hofenberg seine Absicht, die Gebelins zu verhandeln, aufgegeben habe und daß auch der Rettungsschiff Dr. Schüller mit seinen Händen zurückgekommen sei. Bedingt mit der Tagesnotwendigkeit beizubehalten noch Verhandlungen bezüglich Gewährung von etwa 500 Millionen kaiserlicher Kronen.

An der Wiener Montagssitzung erfolgte darauf ein katastrophaler Valutasturz, der eine in dieser Höhe bisher unbekanntete Verteuerung der ausländischen Zahlungsmittel mit sich brachte. Man bringt diesen Valutasturz auch mit der Reorganisation des Valutamarktes und mit der Ablehnung der Reichs Bank, mit Wien in Geschäftsbearbeitung einzutreten, in Zusammenhang. Dollars liegen auf 10 200, deutsche Mark auf 50, kaiserliche Kronen auf 210.

### Noch keine Ruhe in Rio.

Tralhe (Rio de Janeiro), 24. Jan. Hier kam es zwischen Bolizei und den republikanischen Streitkräften zu einer richtigen Schlacht. Englische Truppen machten dem Kampf ein Ende.

### Aus dem hungernden Rußland.

Moskauer, 24. Jan. Der „Berliner Tageblatt“ wird aus Petersburg telegraphiert: Die Hoffnung der Sowjetregierung, Brot aus Siberien zu erhalten, sind infolge des Verfalls des russischen Wechselwesens und durch Mangel an Eisenbahnmotoren gescheitert. Die einzige große Eisenbahnlinie Sibiriens, die sich in Ernst befindet, ist niedergedrückt, so daß lange Zeit hindurch Auslieferungen an Eisenbahnmotoren und Lokomotiven nicht vorgenommen werden können.

### Parlamentarische Sitzung in Rumänien.

Bukarest, 24. Jan. Das amtliche Blatt veröffentlicht in frühlicher Beilage, wonach das Parlament aufgelöst wird. Die Wahlen finden in der Zeit von einem bis einem März statt. Die neue Nationalversammlung, die den Charakter einer Konstituante erhält, wird am 23. März einberufen werden.

## Politische Rundschau

### Mieterrund zum Reichsheimtagesfest und Mieterfrühgebet.

Der erweiterte Vorstand des Bundes Deutscher Mietervereine nahm kürzlich in Dresden zu den sich wachsenden Reichsheimtagesfesten Stellung. Die Ablehnung wichtiger und selbstverständlicher Forderungen

#### zum Reichsheimtagesfest

durch den Wohnungsmangel des Reichsheimtages bezeugte einmütigen und freudigen Widerspruch.

Das Mieterschutzrecht der Mieter, die Abschonungspflicht der Vermieter wegen der Befreiung der Erwerbslosen und Unterstützung müssen unter allen Umständen in das Gesetz mit aufgenommen werden. Die Bestimmung, daß das Gesetz nur bis zum 1. April 1926 gelten soll, muß beseitigt werden.

Die Mieter sollen durch das Gesetz so stark beauftragt werden, daß ihnen besondere Rechte eingeräumt werden müssen. Die Vereinnahmung eines Erdariums würde dem geordneten Treiben der Boden- und Hausverpachtung wieder Tür und Tor öffnen. Die Ablehnung der berechtigten Forderungen der Mieter würde die bestehende Spannung zwischen Vermieter und Mieter auf das gefährlichste verschärfen und dort, wo sich die Mieterschaft bereits wehren wollte, ermutigen hat, von Neuem den Kampf anzufangen. Auf diese innerpolitische Wirkung sollen die politischen Parteien nochmals eindringlich hingewiesen werden.

#### Zum Mieterfrühgebet

wurden u. a. folgende Forderungen aufgestellt:

1. Wegfall des freien Kündigungrechts des Vermieters, Festlegung bestimmter Aufhebungsgründe unter Behaltensrecht der Kündigung durch billigen Erweise.
2. Entlassung kausaler Mietsverträge in besonderen Fällen der unbilligen Verhältnisse. 3. Befreiung dieser Mieter von Kautionspflichten. 4. Zusammenfassung aller Verfahren beim Mieterschutz. 5. Befreiung des verminderten Verhältnisses, das von Umständen nach dem wahren Recht resultiert. 6. Einführung einer Verrentung für Kündigungsfälle und einer Beschränkung für alle anderen Fälle zur Nachprüfung und Erzielung einer einheitlichen Rechtsprechung.

Die Forderungen zum Mieterfrühgebet sollen den Reichs- und Landesvereinigungen, sowie dem Reichstag in einer Denkschrift unterbreitet werden. Gegenüber den Behauptungen radikaler Hausbesitzerkreise, durch Steuererhöhungen ihre unbedingten Forderungen durchzusetzen, sollen die Mieterorganisationen einzutreten, um die verminderten Steuern den betroffenen Gemeinden direkt zuzuführen.

### Sitzung der Stadtverordneten

Die Tagesordnung der gestrigen Sitzung wurde nicht nur abgelehnt, nein, sie wurde sogar abgelehnt. Und das mit einer Geschwindigkeit, die inhuman geradezu beängstigend wirkte. Es schien, als ob alles unter dem geschwundenen Einfluß der kalten Hand und zur weiten gläubigen, jede Tätigkeit, die auf der Straße wie auch die im Saal, in dem Tempel einer mittleren Gewandte erlösen zu müssen. Wenn wenigstens der Temperamentverluste zwischen draußen und drinnen ein nennenswertes gewesen wäre, — nebenbei: der Saal war nicht übermäßig warm — so hätte man sicher noch gern länger beisammen geblieben und die Punkte ein wenig länger — wie sagt man doch so nett — beleuchtet. So schien es auch die Kälte gewesen zu sein, die einen ruhigen Verlauf der Sitzung gescheitert, denn von einer Erhellung der Gemüter konnte absolut nicht die Rede sein. Trotz allem: Erblichkeit, Sachlichkeit bei jeder Gelegenheit.

Der Stadtverordneten-Vorherr eröffnete um 8 Uhr die Versammlung und ging kurz zur Tagesordnung über. Es handelte sich zuerst um die **Wahl eines Vizepräsidenten der Selbstwirtschaftsdeputation.** Verbandsleiter Henschel ist gewählt. Der zweite Punkt betraf die **Ausgabengenehmigung beim Ausgabenschauspiel der Gewerkschaftsverwaltung.**

Stadtverordneter Böhle (Kommunist) erbatte den Bericht und bat um Bewilligung von 300 Mark. Dem Antrag wurde zugestimmt. Weiter den dritten und vierten Punkt, **Nachbewilligung des Ausgabenschauspiels des Gymnasiums.** Nach Stadtverordneter Steibitz (Deutschnational). Die Nachforderungen in Höhe von 2000 und 6000 Mark wurden bewilligt. Der **Schaffung zweier Minimaxapparate** für das Verneinungsgut, die das dort befindliche Erbsenbrot, das einen Wert von einer Viertel Million Mark besitzen, schützen sollen, wurde ohne weiteres zugestimmt. Stadtverordneter Hefelbarth (Kommunist) bat um eine **Nachbewilligung bei Ausgabenschauspiel der Bauverwaltung für 1921.**

Die Erhöhung der Beschäftigung der sächsischen Gebäude gegen Brandgefahr machte eine Ausgabe von 26 840 Mark nötig. Das Geld wurde bewilligt. Punkt 7 behandelte eine **Nachbewilligung beim Ausgabenschauspiel der Grundigentumsverwaltung für 1921.**

Auch diese Summe in Höhe von 40 000 Mark, die Stadtverordneter Elshner (Demokrat) forderte, wurde bewilligt. Der nächste Magistratsantrag, **Einrichtung eines Aus- und Aufstellplatzes für das Schulgebäude**, für dessen Zustandekommen Stadtverordneter Wolf (Nationalsozial.) eintrat, wurde einstimmig angenommen. Von der **Erhöhung der Tarifhöhe im Baugeverbe**, über die Stadtverordneter Böhle (S. D.) sprach und Oberbürgermeister Döring aufstehend Stellung nahm, wurde Kenntnis genommen.

Über den schließlichen Punkt des Abends, **Bewilligung des Gemeindefriedens zum Bau von Häusern der Gewerkschaft „Einigkeit“**, sprach Stadtverordneter Ruppert (Deutschnational). Er erklärte, daß die Gewerkschaft auf dem von ihr erworbenen Gelände an der Cölnstraße Wohnhäuser für

Eisenbahner zu errichten sich bereit erklärte, aber auf die Bewilligung des Reichsvereinskomitees bedürftig sei. Das Gesetz für 22 nun aber war, daß die Gemeinde ein Drittel dieses Landesbesitzes, also 100 000 Mark trage. Neben Oberbürgermeister Döring einige Unklarheiten schnell beseitigte, wird der Magistratsantrag angenommen. Zu den nächsten beiden Punkten

#### Abschließung für das Gelände an der Cölnstraße und Cölnstraßenstraße

hatte Stadtverordneter Keller (Demokrat) das Referat. Zuerst handelte es sich um die Einweihung eines Platzes an der genannten Straße, dann der nächste Punkt, **Wohnungsplan über die Cölnstraße**

zwischen Cöln- und Cölnstraßenstraße, um die Bebauung eben dieses Gebietes und Anlagen von Grün- und Freizeitanlagen. Beide Punkte wurden in der Form des Magistratsantrages angenommen. Der folgende Punkt hatte eine **Erhöhung des Zuschusses zu den Kosten der Cölnstraßenstraße**

zum Gegenstand. Stadtverordneter Mahto (Demokrat) forderte die jährliche Summe von 17 000 Mark. Der Vaterländische Frauen-Verein freute 19 000 Mark jährlich bei und erklärte sich außerstande, mehr zu leisten. Dem Antrag wurde zugestimmt. Der nächste und letzte Punkt, **Erhöhung der Entschädigung für Vorkriegsanlagen an den Hausmeistern der Cölnstraße 1**

land durch die Bewilligung von jährlich 900 Mark eine jährliche Erhöhung.

Um 7/7 Uhr schloß der Vorherr die öffentliche Versammlung und trat in die geheime Sitzung ein.

## Aus Stadt und Umgebung

### Hausfrauen - Kalender.

„Der Mittwoch von vormittags 9 bis mittags 12 Uhr Annahme getragener Bekleidung gegen Bescheinigung in der Kleiderkette, Karkstraße Nr. 4.“

### Gäste als Landrat bestätigt.

Der bisherige kommissarische Landrat für den Kreis Merseburg Gustav Leitz ist zum Staatsministerien bestätigt worden. Bekanntlich waren bei der Wahl 8 Stimmen auf Gustav Leitz, 8 auf Stadtrat Altkamp und 8 Stimmen auf Kreisrat Kämpfen entfallen.

### Personalveränderungen.

Wie uns aus sächsischer Quelle mitgeteilt wird, ist der jüngere langjährige Kommunalbeamten in der hiesigen Regierung, Regierungsrat Dr. Knoblauch, ins Reichswirtschaftsgericht berufen.

### Wahlkreis der Kreisverordneten für die Stadt Merseburg.

\* An dem Wahlkreis beteiligten sich 560 Wähler. Dreißig Stimmen waren ungültig. Es entfielen auf Liste A (Gewerkschaftsliste der Angestellten) 134 Stimmen, Liste B (Gesamtwahlverband Deutscher Angestelltenvereinigungen) 149 Stimmen, Liste C (Wahlkreis) 176 Stimmen. Alle drei Verände entfielen je einem Vertretermann und zwei Ergänzungsmitglieder. Die Listen A und B miteinander verbunden sind erhalten diese beiden Verände, die für die Erhaltung der Angestelltenvereinigungen eintraten, zwei Vertretermänner und vier Ergänzungsmitglieder.

### Die Kreisferien.

beginnen nach einer neuen Verordnung des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts in diesem Jahre für alle Schulen mit Sommerabend, dem 1. April, und endigen mit Dienstag, dem 18. April.

### Katholische Arbeitsgemeinschaft für Jugendpflege und Jugendbewegung in Halle a. S.

\* Auf dem 1. Jugendtagessitzung an der vereinigten Friedrichs-Lindenstraße Halle-Wittenberg, der von 21. Februar bis 5. November 1921 stattfand, wurde die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft für Jugendpflege und Jugendbewegung beschlossen. Montag den 23. Januar abends 8 Uhr fand die erste Versammlung in der Halle statt. Über 200 Teilnehmer waren erschienen. Im Auftrag des Jugendbeiratsamtes der sächsischen Studentenvereine erklärte Minister Röhre, stud. theol. die Versammlung. Es wurde die gesetzliche Not der Jugend besprochen. Der Kreisjugendpfleger Herrmann sprach kurz zu diesem Thema, in dem er hervorhob, 1. daß die Erziehung der Jugend so sein muß, daß die sexuelle Erziehung garantiert entfällt, 2. daß die sexuelle Erziehung garantiert herbeigeführt werden darf aus dem Gesichtspunkt der Erziehung, 3. daß es nicht heißen muß, wie wird die Jugend über diese Frage aufgeklärt, sondern, wie verhalten wir uns zur sexuellen Erziehung, die sie bezieht, Herr Röhre betonte, daß die sexuelle Erziehung in der Arbeitsgemeinschaft in vier Abenden besprochen werden. 1. Wie ist mein Kind zu erziehen und sexuellen Erziehung, 2. Wie ist es meinem Kind? 3. Die Erziehung in den Erziehungsjahren; 4. Sexuelle Erziehung im reiferen Jugendalter. — Es wurde nun das erste Merkblatt über die erste Frage besprochen. Die Teilnehmer hatten es in Händen und die einzelnen Sätze wurden dann schrittweise besprochen und fanden allgemeine Zustimmung. Im 2. Teile des Abends wurden von der Kreisjugendpflegerin Frau Wiegner Vorträge vorgelesen und auch mit Teilnehmern der Arbeitsgemeinschaft eingeleitet. Eine Reihe sächsischer Lieder (besonders Wandererlieder) wurden gemeinsam gesungen. Die nächste Versammlung der Arbeitsgemeinschaft für Jugendpflege und Jugendbewegung soll Montag den 20. Februar abends 8 Uhr wieder in der „Halle“ stattfinden.

### Sitzung für Winterport im Dienste der Jugendpflege.

\* Im Auftrag des Herrn Regierungspräsidenten hielt der Landesherr Herr v. d. B. am 23. Januar um 13. bis 21. Januar einen Vortrag für Winterport im Dienste der Jugendpflege in St. Andreasberg im









Eine seltsame Geschichte.

In fast allen Städten pflegen sich die Stadtvordere...

Eine Stadtvordereversammlung aber, die dazu...

Einmalig besteht darin, daß die Beschlüsse der...

Die Komödie der Kommunistischen Auslandshilfe.

Der A.D.G. wird gelächelt: Die kommunistische Partei...

Das Auge des Buddha

Roman von Friedrich Jacobson. (Nachdruck verboten.)

Die russische kommunistische Presse berichtet von allerhand...

Deutscher Reichstag

Berlin, 23. Januar 1922. Zum Schriftführer für den...

Der Gesandtschaft über den Vertrag mit ausländischen...

„Was?“

„Ja. Gestern unterhielt ich mich freundschaftlich mit...

sind entweder weltliche oder Weltanschauungsschulen...

Die meisten gottesfürchtige deutsche Menschen erleben...

Die Zurückführung der Weltanschauung ist unerlässlich...

Abg. M u m (D. R.) hält das Gesetz für eine dringende...

Die Zukunft gehört der christlich-nationalen Schule...

Meine Gemeinschaft ihre eigene Weltanschauungsschule...

„Wo war das, wenn ich fragen darf?“

„In Amerika.“

gut, das wir besitzen, pflegen. Wir brauchen eine nationale Schule, wenn wir nicht hochkommen wollen.  
Das Haus verlegt sich auf Dienstag. Anfragen und Weiterberatung des Schulgesetzes.

## Preussischer Landtag

Berlin, 23. Januar 1922

Zur gemeinsamen Beratung kommen die Anfragen, die sich auf die Besonderen der Bewohner des Saargebietes beziehen.

### Ministerpräsident Braun:

Die Militärbesetzung des unterfränkischen Gebietes wird für die Bevölkerung ganz unerträglich. Das dikatorische Vorgehen der Regierungskommission bedeutet die vollständige Unterdrückung des Willens der Bevölkerung und die Ausschaltung jedes Mitspracherechts. Alle Bevölkerungsfragen des Saargebietes hätten deshalb einmütig durch eine Abordnung an den Völkerrat die Abweisung der Regierungskommission verlangt. Eine deutliche Kritik als diese einmütige Mitspracherechtsbindung gegen die Regierungskommission sei wohl kaum denkbar. (Sehr richtig.) Die letzten Beratungen konnten werden mit Franzosen besetzt. Die Einführung der Franzosenführung wird gefördert. Die französische Verwaltung der Saargebiete hat besonders dazu beigetragen. Die Besetzung der Regierungskommission, daß die Mitglieder der Beamten in Frankreich anwesend sein sollten, ist ein glatter Verstoß des Verfassers Friedensvertrages.

(Sehr richtig.) Die Saargebietesbevölkerung wird in ständiger Sorge über die Verteilung ihrer deutschen Mittersprache die preussische Regierung immer auf ihrer Seite finden. (Rechtlicher Beifall.) Der Reichsausschuß hat selber unter Abstützung der Weisung der Bevölkerung die Regierungskommission beauftragt. Die Saargebietesbevölkerung wird sich aber dadurch nicht entziehen lassen in der Abwehr der Bestimmungen, aus dem Saargebiet eine französische Kolonie zu machen. Die preussische Staatsregierung kann dieser Bevölkerung zurufen: Halt und Regierung in Preußen stehen die Stunde der Wiedervereinigung herbei und bewahren euch Treue mit Treue. (Beifall.)

Herr Weingärtner (Hr) befragt dann die große Anfrage desentrums, die sich gegen die zinslose Einföhrung der Franzosenführung im Saargebiet wendet.  
Herr Baedem (Zn) befragt dann die großen Anfragen seiner Freunde. Die eine wendet sich gegen die schon vom Ministerpräsidenten zurückgewiesene Forderung der Presse an den Reichsausschuß der französischen Republik. Eine weitere Anfrage verlangt Abnahme der Regierung dagegen, daß die deutsche Bevölkerung des Saargebietes bis zur Klärung ihrer Angelegenheiten politisch und kulturell in ihrem Rechtum intercediert werde.

Herr Eichhoff (D. B. S.) Die Franzosenführung geht infolgedessen zu den schwersten wirtschaftlichen Schädigungen weiterer Vorkrisen im Saargebiet. Frankreich wolle ebenfalls auf diese Weise große Mengen der Bevölkerung zur Heberleiung nach dem ungeliebten Deutschland nötigen, um so die Franzisierung des Saargebietes zu erleichtern.  
Herr Janßen (Dn) stimmt den in den großen Anfragen enthaltenen Vorwürfen zu und begründet die Worte der tatsächlichen Minderheit, die der Ministerpräsident gegen die Franzisierung der Bevölkerung ausgesprochen hat.

Herr Dietz (Hr) hält die Kapitalisten im Saargebiet für schuldig an dem Einbringen der Franzosenführung mit ihren schändlichen Betrügereien. Er wendet sich im übrigen gegen die Regierungskommission.  
Herr Daheim (Rnm) nimmt unter großer Illusion die Franzisierung der Bevölkerung in Schutz.

Es folgt die gemeinsame Beratung von neuen Anträgen und neuen Anfragen, die sich mit dem durch die Besetzung des Rheinlandes veranlaßten Etablieren betreffen.

Zweitenminister Weverling berichtet über die Maßnahmen, die die preussische Regierung gemeinsam mit der Reichsregierung unternommen hat, um die Völkerei der Bevölkerung möglichst zu verringern. Gegen die Vorkrisenführung eingeleitet worden. Die preussische und die Reichsregierung stehen gemeinsam auf dem Standpunkt, daß sich die weitere Weigerung der rheinischen Bevölkerung nicht rechtfertigen läßt. Das Ministerium der Befugnisse hat mit dem Geiste des Rheinlands einmütig angetreten. Beschwerden der Bevölkerung gegen Militärbesetzung sind meist erfolglos oder schädigen den Besatzverweigerer. Der Minister betont zum Schluß unter lebhaftem Beifall, die gegenwärtige Erregung gegen Preußen und das Reich werde im besetzten Rheinland keinen Anfang bei der Bevölkerung finden.

Ausführlicher Dr. Bockig beantwortet nach mehrere große Anfragen, die sich gegen Maßnahmen der Rheinlandsministerien wenden. Diese wolle für den im besetzten Gebiet erstellten Interdikt einen Untersuchungsanspruch einlegen, der gegen die Behörde vorgehen solle, die aus dem angelegten Deutschland fassend nach der Behauptung der Rheinlandsministerien in ihrem Interdikt gegen den Geist der Völkerei vorgehen werden. Der Minister erklärt diese Maßnahmen der Rheinlandsministerien sei eine mit dem Eingriff in die preussische Schulverwaltung.  
Die weitere Beratung wird auf Dienstag verlegt.

## Politische Rundschau

### Gegen die Rüge von der deutschen Kriegesführung.

#### Der Weltkrieg war in Rechnung gestellt!

Daß die internationalen Staatsmänner von vornherein bei ihren diplomatischen Verhandlungen an dem Völkerei als Ausgangspunkt eingestiegen und weiter mit einer Zerkleinerung der deutschen Monarchie und einem bewußten Konflikt mit Deutschland gerechnet hatten, erhellt die Tatsache, daß es bereits im Jahre 1909 in der russisch-bulgarischen Militärkonvention, in Artikel 5, hieß:

„In Anbetracht dessen, daß die Vermittlung der beiden Abende der ständigen Völkerei auf der Balkanhalbinsel, die dem Völkerei nach als nahe liegen, nur nach einem günstigen Ausgange des Kampfes zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn möglich ist, übernimmt Bulgarien die völkerei Vermittlungen...“

## Eine Reminiscenz des Herrn Feherbach.

Aus den Novembertagen 1918.

Herr Feherbach, der fähigere Reichstagsler der ersten bürgerlichen Reichsregierung nach der Revolution, hat sich, wie schon der „Tag“ gemeldet, bei einer Reichstagsversammlung in Lauffingen, Baden, dem Reichsausschuß für die Ergebnisse der Revolution geäußert und gesagt, daß die Sozialdemokratie bis zum 9. November nicht die Pflicht gehabt hätte, das Reichsgebiet zu verteidigen und als Deutschland eine Republik zu machen. Vielmehr hätten sich noch bis zum 8. November die Sozialdemokraten mit der Abweisung des Kaisers und der Zustimmung der Kronprinzen als Monarch einverstanden erklärt. Jedenfalls aber habe Herr Feher im Norden Berlins in dem Sinne gewirkt, daß eine Revolution von Seiten der Sozialdemokratie nicht betrieben werden soll. Aber, so sagt Herr Feherbach, hätte die Revolution kam, ohne daß das deutsche Bürgerium sich ihr mannschaft engagiert hätte.

Diese Reminiscenz des Herrn Feherbach ist zweifellos recht interessant und sein Vorschlag gegen das Bürgerium, den er gute Entschlossenheit der Sozialdemokratie erhebt, ist eben so berechtigt. Aber gerade Herr Feherbach hätte vielleicht doch zu sagen, seinerzeit zu schweigen. Denn abgesehen von den Vertretern der Regierung haben auch die Prominenten der Volkvertretung das Bürgerium am 9. Nov. 1918 vollkommen in Etzich gelassen. Herr Feherbach als damaliger Präsident des deutschen Reichstages war einer der ersten, die am 9. November die Reichshauptstadt in aller Eile verlassen und nach Süddeutschland reisten. Hätte Herr Feherbach damals als deutscher Reichspräsident den Versuch gemacht, die Situation zu halten, würde er vielleicht heute dem deutschen Bürgerium nicht den Vorwurf zu machen brauchen, daß es sich der Revolution nicht mannschaft engagiert habe.

### Das sozialamerikanische Kabel.

Deutsche Zeitungen berichten bereits, daß in der nächsten Zeit sich ein Kabel von Amerika nach Deutschland in Betrieb genommen werden sollen. Die alten Kabel, die Deutschland mit Amerika verbunden, wurden bekanntlich während des Krieges von den Franzosen und Engländern zerstört und für eigene Zwecke angeeignet. In dieser Frage haben politische Beziehungen zwischen Amerika, England und Frankreich verschleudert, oft zugehörige Verhandlungen stattgefunden, aber auch Verhandlungen zwischen Deutschland und Amerika, die die Schaffung neuer Kabelverbindungen betrafen. Die Verhandlungen, die zwischen Deutschland und Amerika geführt wurden, waren jedoch privater Natur. Es handelte sich hierbei um private Kabelverbindungen, die amerikanischen Gesellschaften hatten Vertreter nach Berlin, die Deutschen Vertreter nach New York gesandt. Die Verhandlungen haben nun vor dem Abschluß und die Kabelverbindungen sind tatsächlich in nächster Zeit aufgenommen werden können.

## Volkswirtschaft — Handel — Verkehr.

### Stehende Effektenliste.

Berlin, 23. Jan. Die Abrechnung der heutigen Börse war in der Hauptsache wieder von der neuen Aufwärtsbewegung der ausländischen Zahlungsmittel abhängig. Die Bestimmungen des englischen Bankensystems, die in einem jüngeren Teile in einen veränderten Tine gehalten und gegen die bisherigen Bestimmungen hinreichend direkt oppositionell gerichtet ist, wurde wiederum erwirkt, ohne daß die Börse hierzu bestimmte Schritte für die weitere Bewegung an Effekten und Devisenmarkt zu ziehen vermochte. Wenn trotzdem die Tendenz sich als sehr charakterisierte, so war dieses in der Hauptsache auf die neuen Steuerprobleme und die sich hieraus ergebenden innerpolitischen Verhältnisse zurückzuführen. Es läßt sich beobachten, daß der Plan einer Zwangsenteile des Publikums, das bisher durch die hohen Zinsen abgedeckt war, in ausgedehnter Maße dem Effektenmarkt wieder zuführt. Trotzdem war das Geschäft auch heute nicht allzu erhellend, so daß die Hausse in Spezialwerten, welche in der letzten Zeit für die Nachfrage hauptsächlich ausstrebend war, allmählich erloschen ist.

### Devisen weiter anziehend.

Berlin, 23. Jan. Die spanische Haltung des Marktes in New York, das bis immer noch gegen eine Abwertung unserer Währung absehend verhält, führte zu einem weiteren Anziehen der ausländischen Zahlungsmittel. Dollarnoten, die heute morgen mit 128 1/2 eingeleitet hatten, stellten sich während der Börsezeit auf 202.50. Die englische Pfundnoten auf 855 bis 860 M. Ferner wurden genannt: holländische Guldennoten mit 7550 M., schwedische Kronennoten mit 3925 M., französische Francnoten mit 1635 M., belgische Noten mit 1570 M., italienische Lirenoten mit 885 M., rumänische Lirenoten mit 149 M., österreichische Noten mit 260 M., ungarische Noten mit 28 bis 28.50 M. und polnische Noten mit 6.12 M. Am Ende vor 2 Uhr zeigten sich Dollarnoten auf 202.75 bis 203 M.

### Leipziger Schlachtwirtschaft.

Leipzig, den 23. Januar 1922. Antrieb: Rinder 808, Schafe 185, Bullen 295, Kalben 108, Käse 320, Pfeffer —, Kälber 199, Schafe 693, Schweine 932, Tiere zusammen: 2632.

Preise für 50 Kilogramm Lebendgewicht: Ochsen erste Klasse 1000 bis 1100 Mark, zweite Klasse 850 bis 900 Mark, dritte Klasse 700 bis 850 Mark, vierte Klasse 500 bis 700 Mark. Bullen erste Klasse 950 bis 1000 Mark, zweite Klasse 750 bis 900 Mark, dritte Klasse 600 bis 750 Mark, vierte Klasse 500 bis 600 Mark. Kalben 100 bis 1100 Mark. Schafe erste Klasse 950 bis 1000, zweite Klasse 700 bis 800 Mark, dritte Klasse 600 bis 700 Mark, vierte Klasse 450 bis 600. Pfeffer: Antriebs: Rinder erste Klasse —, zweite Klasse 1200 bis 1300 Mark, dritte Klasse 1050 bis 1200 Mark, vierte Klasse 850 bis 1050 Mark. Schafe erste Klasse 900 bis 950 Mark, zweite Klasse 750 bis 900 Mark, dritte Klasse 550 bis 750 Mark. Schweine erste Klasse 1700 bis 1800 Mark, zweite Klasse 1800 bis 1850 Mark, dritte Klasse 1550 bis 1700 Mark, vierte Klasse 1400 bis 1550.

Geschlachtungs: Rinder langsam, Rellen mittelmäßig, Schafe mittelmäßig, Schweine gut.  
Nebenland: 183 Rinder, 20 Döfen, 23 Bullen, 80 Käse, 10 Kalben, 100 Kälber, 65 Schafe, 100 Schweine.

## Turnen, Spiel und Sport

### Spielvereinigungen 1919 Remart.

Auf eigenen Plage mußte sich am Sonntag die erste Mannschaft der Spielvereinigungen von Vorwärts Köthen geschlagen bekommen. Das Resultat von 2:1 für Köthen entspricht nicht ganz dem Spielverlauf. Ein Unentschieden wäre besser am Plage gewesen. Beide Mannschaften waren sich gleichwertig und ließen das Spiel von Anfang bis Ende offen. Spielvereinigungen führte bis zur Halbzeit mit 1:0 dadurch, daß sie diesen Vorteil nicht auszunutzen verstanden, bevor sie zwei wertvolle Punkte. Durch Fehler der hinteren Mannschaft gelangte Köthen zu zwei billigen Erfolgen. Die zweite Mannschaft konnte die zweite Mannschaft von Köthen mit 3:1 überfahren. Die erste Mannschaft Jüdel geminnt gegen Germania erste Mannschaft Jüdel reichlich hoch mit 7:2, nachdem Germania bis zur Pause mit 1:1 und später mit 2:1 geführt hatte. Das Spiel der zweiten Mannschaft Jüdel gegen A. F. Merseburg hatte Mannschaft Jüdel wurde vom Schiedsrichter dem Stande von 10:0 zu Gunsten von Merseburg abgebrochen. Die erste Anstammenschaft verlor in Köthen 3:1, während die zweite Anstammenschaft zwei Punkte kampflos erhielt, da A. F. Merseburg zweite Anstammenschaft nicht angetreten waren.

### Die Saalekreisläufe

hat sich nun wirklich die Entscheidung um die Meisterschaft für den kommenden Sonntag im Spiel 98-Wödr vorbehalten, da beide Spielvereinigungen gegen die Gegner schlagen konnten. Wödr schlägt im „Dobry“ gegen 98 mit 2:1 die Sportvereinigungen 98 die Wödrer mit 8:2 geschlagen beim letzten. Wödr erlangte sich den dritten Platz durch einen 5:1 Sieg über Sportvereinigungen. Im Schluß der Tabelle sicherten sich die Sportvereinigungen zwei wertvolle Punkte von A. F. Merseburg, so daß Wödr in Halle nun wohl einigig die Stelle des Tabellenführers verbleibt. Das Tabellenbild hat sich — nach Tabellenpunkten geordnet — folgendermaßen geändert:

### I. Klasse

| Ort                 | Spiele | Punkte | Tore | Platz |
|---------------------|--------|--------|------|-------|
| Wödrer              | 14     | 12     | 1    | 1     |
| Sportverein 98-Wödr | 15     | 12     | 2    | 2     |
| Wödrer              | 16     | 7      | 3    | 3     |
| 98-Merseburg        | 16     | 9      | 1    | 4     |
| Halle 1919          | 16     | 5      | 6    | 5     |
| Sportvereinigungen  | 16     | 4      | 2    | 6     |
| Köthener            | 15     | 2      | 1    | 7     |
| Sportvereinigungen  | 16     | 1      | 3    | 8     |

### Die erste Klasse im Saalekreis.

Der zweite Sonntag in der Meisterschaft brachte in der ersten Klasse des Saalekreises statt der erwarteten Entscheidung in der Spielgruppe nur größere Unentschieden. Dadurch, daß Olympia die Meisterschaftsentscheidung Sportvereinigungen 98-Wödr mit 2:0 schlagen konnte, ist einseitig der Sieg, dessen Wertung ausgenommen, die auch Olympia nunmehr wieder stark im Rennen steht. Die Entscheidung hat sich durch den 10:1-Sieg Sportvereinigungen über Spielvereinigungen und den 4:3-Sieg Ammerda über Sportvereinigungen so eng aneinander angegeschlossen, daß die kommenden Spiele hier noch außerordentlich spannend zugetrieben werden. Sportvereinigungen hält vorläufig die Spitze und dürfte sich die auch kaum sobald wieder nehmen lassen, zumal die Elf an den nächsten Sonntagen nur schlechte Gegner vor der Klinge hat. Wie schon schonmal hat sogar noch kommt, die am Sonntag Wödrer mit 6:1 das Spiel über die Ehren sagen. Wödrer auf sich an die Spitze, je nachdem man sich am Kopf der Tabelle weitere Punkte abschließen läßt. Am Tabellenende ist die Lage unverändert, da Wödrer am Sonntag Spielfrei war. Die Tabelle sieht jetzt folgendermaßen aus:

### I. Klasse

| Ort                      | Spiele | Punkte | Tore | Platz |
|--------------------------|--------|--------|------|-------|
| Sportvereinigungen       | 12     | 8      | 1    | 1     |
| Sportverein 98-Merseburg | 12     | 7      | 3    | 2     |
| Ammerda 1919             | 11     | 6      | 3    | 3     |
| Olympia                  | 11     | 6      | 3    | 4     |
| Halle 1919               | 12     | 5      | 2    | 5     |
| Wödrer                   | 12     | 5      | 1    | 6     |
| 98-Merseburg             | 12     | 4      | 2    | 7     |
| A. F. Merseburg          | 12     | 4      | 1    | 8     |
| Sportvereinigungen       | 12     | 3      | 7    | 9     |
| Sportvereinigungen       | 12     | 1      | 1    | 10    |

Die Angelegenheiten im Bereich des Saalekreises sind nun am Ende und damit der Entscheidung. Die für vergangenen Sonntag angelegten Spiele haben schon eine gewaltige Wirkung über die Spitze und das Ende der Tabelle gebracht. Bereits 1909 trat gegen Gröden-Wödrer nicht an und zeigte dadurch, daß es selbst die übliche Majorität weiterer Kampfsiege einbringen hat. Auch Germania hat durch das Spiel gegen 98-Merseburg einen ungenutzten wertvollen Punkt eingebüßt und ist dadurch einseitig im Hintertreffen geraten. Doch muß berücksichtigt werden, daß wegen des Spieles Germania-Wödrer gegen Wödrer 1909, welches letztere 2:2 gewonnen, ein Vorteil kommt, der leicht das Bild noch veränderten könnte. Obgleich 1909 hat sich durch seinen 3:0-Sieg über Wödrer vollkommen in Etzich gestellt. Gröden hat unangenehm den zweiten Platz. Einen harten Kampf wird es auf dem so wichtigen dritten Platz geben: Hier kommt es auf, das am nächsten Sonntag stattfindende Treffen Wödrer 07 gegen Wödrer 99 und den Anstoß des noch nachzuziehenden Spieles Wödrer 07 gegen Germania an. Unangenehm ist also für die Wödrer. Man darf nicht vergessen, daß es sich um die Punkte, die 99 gerade die schweren Punkte noch vor sich hat. Die Tabelle sieht — nach Tabellenpunkten — folgendermaßen aus:

| Ort                | Spiele | Punkte | Tore | Platz |
|--------------------|--------|--------|------|-------|
| Gröden 02          | 8      | 6      | 1    | 1     |
| Gröden 1919        | 7      | 4      | 1    | 2     |
| Sportvereinigungen | 7      | 3      | 2    | 3     |
| Wödrer 07          | 8      | 3      | 3    | 4     |
| Wödrer 99          | 8      | 2      | 3    | 5     |
| Wödrer 1909        | 10     | 1      | 9    | 6     |